

Sächsischer Landtag  
6. Wahlperiode

## Antrag

der AfD-Fraktion

**Thema: Bericht über die Verpflichtungen und Risiken der Euro-Rettungspolitik erstellen und veröffentlichen**

**Der Landtag möge beschließen:**

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- I. sich auf Bundesebene und im Bundesrat für die jährliche Erstellung und Veröffentlichung einen umfassenden Berichtes über die Verpflichtungen bzw. die potentiellen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland einschließlich einer Bewertung der daraus für sie resultierenden Risiken aus den Rettungsschirmen, Target2-Salden und Anleihekäufen der Zentralbanken des Eurosystems einzusetzen,
- II. dem Landtag Bericht über ihre Aktivitäten im Bundesrat nach der nächsten Bundesratssitzung sowie nach allen weiteren Bundesratssitzungen, in denen dieses Thema Gegenstand der Tagesordnung war, zu erstatten.

Dresden, 02.05.2017

Dr. Frauke Petry, MdL  
und Fraktion



Unterzeichner: Uwe Wurlitzer  
Datum: 05.05.2017

i.V. Uwe Wurlitzer, MdL

### Begründung:

Die Aufrechterhaltung des Eurosystems erfolgt durch die Euro-Rettungsschirme (ESM, EFSF und EFSM) und die Anleihekäufe der Zentralbanken des Eurosystems. Aus diesen Rettungsmaßnahmen ergeben sich konkrete und potentielle Verpflichtungen der einzelnen Euro-Mitgliedsstaaten in der vertraglich vereinbarten Höhe.

Weitere Verpflichtungen können sich unter gewissen Voraussetzungen aus den Ungleichgewichten im Zahlungssystem „Target2“ ergeben. Seit Anfang 2015 steigen die Target2-Forderungen der Bundesbank an die Europäische Zentralbank wieder an und lagen am 31.03.2017 mit rund 830 Milliarden Euro 79 Milliarden Euro über dem Hochpunkt des Jahres 2012. Spiegelbildlich steigen die Target2-Verbindlichkeiten, insbesondere von Spanien und Italien. Ursachen für den starken Anstieg liegen u.a. in einer Kapitalflucht aus Italien nach Deutschland und dem Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank, welches über das Zahlungssystem „Target2“ verrechnet wird. Im Falle eines Ausscheidens eines Landes mit negativem Target2-Saldo aus der Währungsunion oder gar bei Auflösung des Eurosystems würden wohl erhebliche Verluste anfallen, die teilweise von der Bundesbank getragen werden müssten.

Die maximalen Verpflichtungen Deutschlands durch die Euro-Rettungsschirme werden vom Bundesfinanzministerium auf seiner Internetseite veröffentlicht. Es fehlt jedoch an einer umfassenden Zusammenstellung aller Verpflichtungen bzw. potentiellen Verpflichtungen und einer daraus abgeleiteten Bewertung der daraus resultierenden Risiken für die Bundesrepublik Deutschland.

Ziel des Antrages ist es, die Erstellung und Veröffentlichung eines jährlichen Berichtes auf Bundesebene zu erreichen, der die Höhe der bestehenden und potentiellen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Eurorettung aufzeigt, die Öffentlichkeit über die Risiken dieser Verpflichtungen umfassend informiert und eine Bewertung dieser Risiken vornimmt.